



Ein ereignisreiches Jahr liegt fast hinter uns und die GEW Hamburg hat auf die verschiedenen Fehlentwicklungen in Hamburgs Bildungsbereichen immer wieder hingewiesen und den Finger in die Wunden gelegt. Die auf unserem Gewerkschaftstag am 18.11.14 verabschiedeten „Leitlinien für eine gute Bildungspolitik in Hamburg“ (www.gew-hamburg.de) zu den Bürgerschaftswahlen im Februar 2015 bringen unsere Forderungen auf den Punkt. Alle Bildungsbereiche durchzieht das Grundproblem der Unterfinanzierung. Im Durchschnitt wird in den OECD-Ländern 6 Prozent des BIP für Bildung ausgegeben; wenn wir dies auf Hamburg übertragen, müssten die Mittel im Haushalt 2015/16 für Soziales, Schule und Berufsbildung sowie Wissenschaft und Forschung auf 5,862 Milliarden Euro verdoppelt werden. Das reiche Bundesland Hamburg tut dies nicht. Die Verantwortlichen im Senat brüsten sich gerne mit Superlativen: Jedes Kind bekommt einen Krippenplatz. Fast alle Grundschulen haben ein Ganztagsangebot. Im Übergang von Schule zum Beruf geht keineR verloren. Und in Sachen Inklusion sei Hamburg spitze. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die Erzieher_innen-Kind-Relation ist in Hamburg die schlechteste der westlichen Bundesländer. Auszubaden haben es die Kinder, die nicht ausreichend versorgt werden und die Beschäftigten, die zur Aufrechterhaltung ei-

nes guten Kitabetriebes weit über ihre Maßen arbeiten. Es fehlen viertausend Erzieher_innenstellen in Hamburg. Im Ganztagsbetrieb reichen häufig die Räumlichkeiten vorne und hinten nicht aus. Für den Übergang zwischen Vor- und Nachmittag fehlen die entsprechenden Kooperationszeiten. Für die Beschäftigten haben sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Auch wenn nach den letzten Zahlen 37 % der SchulabgängerInnen nach Klasse 10 in eine Ausbildung gehen, so sind es nur 25 %, die in eine betriebliche Ausbildung

**Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt,
Regina Tretow**

Was wir wollen

gehen. Deshalb ist es verständlich, dass die 2011 vom Senat verabschiedeten 120 Kolleg_innen aus den Beruflichen Schulen für die Berufsorientierung an den Stadtteilschulen nun auf das Kontingent angerechnet werden. Damit ist das Konzept der Berufs- und Studienorientierung nur schwer umzusetzen. Es geht zu Lasten der Schüler_innen und lässt die Kompetenzen der Berufsschulkolleg_innen nicht in dem Maße zur Geltung kommen wie angedacht. Es führt dazu, dass es immer weniger Kolleg_innen gibt, die sich freiwillig an die Stadtteilschulen abordnen lassen. Denn dort werden sie nicht selten als Fachlehrer_innen eingesetzt

und nicht zur individuellen Beratung für Schüler_innen wie vorgesehen. Im Bereich der Inklusion schlägt Hamburg zwei Rollen rückwärts. Was scheren die Verantwortlichen die guten Hamburger Konzepte der Integrationsklassen? Aufbauend auf diese Erfahrungen hätte Hamburg die Möglichkeit, eine gelingende Inklusion umzusetzen. Dies wäre durch 550 Stellen zu bewerkstelligen. Nach Aussagen der Bertelsmann-Stiftung fehlen in Hamburg 488 Stellen. Die Unterfinanzierung führt zu schlechteren Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Bei einem Thema müssen wir als Beschäftigte ganz besonders die Initiative ergreifen, das ist unsere Arbeitszeit. Der Gewerkschaftstag hat beschlossen, dass 20 Stunden Unterricht das Maß der Dinge sein soll. Das ist ein richtiges Ziel. Bei einer momentanen Deckelung der Höchststunden-

zahl auf 29 Unterrichtsstunden müssen wir überlegen, in welchen Zwischenschritten wir das langfristige Ziel erreichen. Jede Stunde weniger für die Kolleginnen und Kollegen ist ein Gewinn! Die Parteien werden wir während des Wahlkampfes natürlich auch nach ihren Entlastungsvorschlägen fragen. Die Ansage des Bürgermeisters auf dem Bildungskongress der SPD am 29.11.14, dass in Bildung gut investiert wurde und dies nicht so weiter gehen wird, bedeutet für uns, weiterhin gute Strategien zu entwickeln und unsere Ziele auch mit Arbeitskämpfmaßnahmen zu verdeutlichen. Wir wünschen Euch viel Kraft für das neue Jahr!